

Podiumsdiskussion

Integration geteilter Gesellschaften

Erfahrungen und Perspektiven in Deutschland und Südkorea

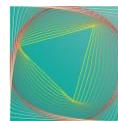
04. Februar 2015
17:00 bis 19:30 Uhr

Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer

Es diskutieren: Dr. Maria Nooke, Dr. Jens Hüttmann,
Prof. Dr. Koh Yu-Hwan, Prof. Dr. Park Sun-Song,
Prof. Dr. Ingrid Miethe, Prof. Dr. Yi Hee Yong

Veranstalter:

KOREA VERBAND



DONGGUK UNIVERSITY
SSK KOREAN DIVISION /
POST-DIVISION
RESEARCH GROUP

In Zusammenarbeit mit:



GEDENKSTÄTTE BERLINER MAUER

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



**National Research
Foundation of Korea**

Podiumsdiskussion
Integration geteilter Gesellschaften
Erfahrungen und Perspektiven in Deutschland und Südkorea

Vor genau 70 Jahren wurde Korea durch die beiden Supermächte, Sowjetunion und USA, in Nord- und Südkorea aufgespalten. Die Teilung ist bis heute nicht überwunden. Daraus resultierende Konflikte und tiefliegende Wunden sind im Alltag der Menschen beider Gesellschaften weiterhin präsent. So leben heute etwa 27.000 nordkoreanische Flüchtlinge in Südkorea. Sie sind mit einer unsichtbaren ideologischen Grenze konfrontiert, die innerhalb der südkoreanischen Gesellschaft spürbar verläuft. Die Integration der Menschen aus dem Norden bleibt problematisch.

Deutschland wiederum ist seit 25 Jahren wiedervereinigt, doch trotz aller Bemühungen um eine gleichberechtigte Integration von Ost und West bleibt die Frage nach der „inneren Einheit“ weiterhin umstritten: Ist die strukturelle Kluft im Alltag und die "Mauer in den Köpfen" tatsächlich verschwunden?

Auf dem Podium diskutieren ExpertInnen aus Deutschland und Südkorea über die Erfahrungen beider geteilter Gesellschaften und analysieren die aktuelle Lage der koreanischen Teilung aufs Neue. Neben der politischen Einschätzung der Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea wird auch ein Blick in die Zukunft geworfen: Wie könnte die Integration beider Gesellschaft nach der Teilung (post-division) gestaltet werden?

Die Veranstaltung wird koreanisch-deutsch gedolmetscht.

Begrüßung: Dr. Maria Nooke (Gedenkstätte Berliner Mauer)

Moderation: Dr. Jens Hüttmann (Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED Diktatur)

Vorträge:

Prof. Dr. Koh Yu-Hwan (Dongguk Universität): Die Realität der Teilung auf der koreanischen Halbinsel und Entwürfe für ein Korea nach der Teilung (post-division)

Prof. Dr. Park Sun-Song (Dongguk Universität): Menschenrechtsprobleme in Nordkorea und die friedliche Co-Existenz

Prof. Dr. Ingrid Mieth (Universität Gießen): Die deutsche Vereinigung als dominanz-kultureller Prozess. Ausgangsposition – Entwicklungen - Perspektiven.

Prof. Dr. Yi Hee Yong (Daegu Universität): Nordkoreanische Flüchtlinge in Südkorea: Zwischen Diskriminierung und Anerkennung

Diskussion

Schlusswort: Nataly Jung-Hwa Han (Korea Verband e.V.)

Die Teilung Koreas und Perspektiven ihrer Überwindung

Koh Yu-Hwan

1. Gründe für die langanhaltende Teilung Koreas

Dass die nationale Teilung bereits 70 Jahre andauert und noch nicht überwunden werden konnte, ist darauf zurückzuführen, dass ihre Ursachen sehr komplex zusammenwirken. Zu diesen Ursachen gehören die Widersprüche und Konflikte zwischen dem Süden und dem Norden, zwei Staaten, die sich in ihren Ideologien und Systemen unterscheiden, des Weiteren die politischen Strukturen Nordkoreas, in dessen System die Person des Führers (Leiters) im Zentrum steht und diese Funktion in Erbfolge bereits in der 3. Generation ausübt, darüber hinaus die ideologischen Konflikte innerhalb Südkoreas im Zusammenhang mit der Nordpolitik und letztlich die 'Politik der zwei Korea', welche die Nachbarstaaten verfolgen, die ein vereinigtes Korea nicht als wünschenswert ansehen. Machthaber und System im Süden und im Norden sind verantwortlich für die bestehenden 'Beziehungen antagonistischer Abhängigkeit', sie betrieben bisher ihr Null-Summen-Spiel, in welchem beide Seiten danach streben, Machthaber und System der jeweils anderen Seite zu absorbieren, was wiederum ursächlich dafür ist, dass der Zustand der nationalen Teilung so lange andauert. Die konservativen Regierungen Südkoreas gestalteten die Nord-Süd-Beziehungen stets aus machtpolitischem Kalkül heraus, die Zentralregierung beanspruchte das Nachrichtenmonopol im Hinblick auf den Norden, und auch im Bereich des gegenseitigen Austauschs und der Zusammenarbeit übte sie die alleinige Kontrolle aus. Diese Art der Nordpolitik, in deren Zentrum vor allem militärpolitische Interessen standen, erwies sich nicht nur als ungeeignet die nukleare Aufrüstung Nordkoreas zu verhindern, sie führte auch zu keinem bedeutenden Wandel der materiellen Basis in Nordkorea selbst.

2. Das Scheitern der Bemühungen um Aussöhnung und Zusammenarbeit zwischen dem Süden und dem Norden

Während der progressiven Regierungen unter Kim Dae-jung und Roh Moo-hyun kam es zu einigen Fortschritten hinsichtlich der Versöhnung und Zusammenarbeit mit dem Norden; seit dem Regierungsantritt der Konservativen unter Lee Myung-bak jedoch verhärtete sich die Beziehung zum Norden erneut. Diese Regierung zeigte keinerlei Willen, die beiden unter den vorherigen Regierungen im Jahr 2000 getroffenen Vereinbarungen – die 'Gemeinsame Erklärung vom 15. Juni' und die 'Erklärung vom 4. Oktober' – in die Tat umzusetzen, sodass, abgesehen von der 'Gemeinsamen Wirtschaftszone Kaesöng', die Nord-Süd-Beziehungen komplett abbrachen. Lee Myung-bak unterstützte Obamas Politik der '*strategic patience*' und verfolgte konsequent seine 'Strategie des Wartens'. Ganz anders aber als die optimistische Erwartung, Nordkorea würde sich – sobald man es mit dem Aussetzen der Nahrungsmittel- und Düngelieferungen unter Druck setzte – derart ernsten ökonomischen Schwierigkeiten ausgesetzt sehen, dass es seinen Kurs aufgeben müsste, baute das Land die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der VR China aus,

konfrontierte Südkorea mit Provokationen wie Nukleartests, dem Abschuss von Langstreckenraketen, Versenken der Korvette *Chōnan* oder dem Beschuss der Insel Yōnp'yōng, und erhärtete so seine unversöhnliche Haltung gegenüber dem Süden.

Die Regierung Park Geun-hye erklärte die 'Schaffung einer Grundlage für die friedliche Wiedervereinigung durch Vertrauensbildung' zum Fundament ihrer Vereinigungs- und Nordpolitik. Doch auch zwei Jahre nach ihrem Machtantritt hatte Park Geun-hye die unter ihrem Vorgänger Lee Myung-bak abgebrochenen Nord-Süd-Beziehungen noch nicht wieder aufgenommen. Ihre Regierung verkündete einen 'Prozess der Vertrauensbildung auf der koreanischen Halbinsel', das 'Konzept zur friedlichen Zusammenarbeit in Ostasien', die 'Dresdner Erklärung' und den 'Kurs der kleinen Schritte' und hoffte auf eine positive Antwort aus Nordkorea. Dort hingegen sieht man in Park Geun-hyes Nordpolitik nichts anderes als eine Fortsetzung des Kurses der 'Vereinigung der Systeme' (Vereinigung nach dem Prinzip der Absorption), den bereits die Regierung Lee Myung-bak verfolgt hatte. Nordkorea fordert hingegen aufrichtige Beweise für eine Verbesserung der Beziehungen, vor allem die sofortige Einstellung der gemeinsamen Manöver mit den USA, ein Ende der Verleumdungen und Beleidigungen sowie Maßnahmen, um den Abwurf von Flugblättern über Nordkorea zu verhindern.

Da die Beziehungen zwischen beiden Ländern bereits seit langer Zeit unterbrochen sind, haben viele südkoreanische Unternehmen, die außerhalb der Sonderwirtschaftszone Kaesōng im Norden investierten, sowie kleine und mittelständische Unternehmen, die auf wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Süd- und Nordkorea gesetzt hatten, mit großen finanziellen Verlusten und Schwierigkeiten zu kämpfen. Aber auch Bürger, die nicht direkt in Unternehmungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Norden involviert sind, wurden infolge der gespannten Beziehungen und der aufzehrenden Konflikte indirekt in Mitleidenschaft gezogen. Auf der Suche nach neuen Antriebskräften für das Wachstum der südkoreanischen Wirtschaft gewinnen die Forderungen, die Beziehungen zu Nordkorea zu verbessern und den Wirtschaftsraum in Richtung Norden zu erweitern, immer mehr an Gewicht.

3. Jüngste Anstrengungen für eine Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea

Sowohl Nord- als auch Südkorea waren 2014 davon ausgegangen, dass die Zeit günstig sei für die Wiederaufnahme bilateraler Beziehungen, und sind dementsprechend aktiv gewesen. Von Beginn des Jahres 2014 an suchten sie nach Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen: Der Süden legte einen 'Plan zur Wiedervereinigung' vor, der Norden die 'Ernsthaften Vorschläge' (Stopp der gegenseitigen Verleumdungs- und Beleidigungskampagnen, Beendigung aller militärischen Provokationen, bilaterale Maßnahmen zur Verhinderung einer nuklearen Katastrophe). Bei einem Treffen hochrangiger Vertreter beider Seiten

wurde 2014 zwar eine Übereinkunft erreicht, die gegenseitigen Verleumdungen und Beleidigungen zu unterlassen, diese jedoch wurde nie in die Tat umgesetzt. Ein zweites Treffen von Vertretern beider Länder war Ende 2014 geplant, kam hingegen nicht zustande, da das Problem der Flugblatt-Provokationen über nordkoreanischem Territorium nicht gelöst werden konnte.

2015 ist für Korea ein Jahr von großer historischer Bedeutung, da sowohl der 70. Jahrestag der Befreiung von der japanischen Kolonialherrschaft begangen wird, als sich auch die nationale Teilung zum 70. Mal jährt. Von Jahresbeginn an demonstrieren die führenden Repräsentanten beider koreanischer Staaten ihre Absicht, die Wiederaufnahme der Normalisierungsgespräche zu ermöglichen und Bedingungen für einen Dialog zu schaffen. In seiner diesjährigen Neujahrsansprache bekräftigte Kim Jong Un, Erster Sekretär der Partei der Arbeit Koreas (PdAK), seinen Willen, die Tür für Gespräche auf höchster Ebene (Normalisierungsgespräche) zu öffnen und die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verbessern. Auf ihrer Neujahrs-Pressekonferenz am 12. Januar 2015 legte die südkoreanische Präsidentin Park Geun-hye den Standpunkt der Regierung dar, ohne jede Vorbedingung zu Normalisierungsgesprächen bereit zu sein, falls dies notwendig sei, um den Weg für eine Linderung der aus der Teilung resultierenden Qualen und für die friedliche Wiedervereinigung freizumachen. Indem sie auf diese Weise den Vorschlag Kim Jong Uns aufgriff, erhöhten sich die Aussichten, dass es in diesem Jahr hinsichtlich der Gespräche zwischen beiden Ländern vorangehen könnte. Des Weiteren verdient Aufmerksamkeit, dass Präsidentin Park Geun-hye in ihrer diesjährigen Neujahrsansprache die beiden Themen – Lösung des Kernwaffenproblems und Schritte zur Verbesserung der Nord-Süd-Beziehungen – nicht miteinander verband, sondern erklärte, beide Aufgaben würden parallel, d.h. unabhängig voneinander, vorangetrieben, und dass sie ihren Willen bekräftigte, die offenen Fragen der Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA einerseits und zwischen den beiden koreanischen Staaten andererseits getrennt voneinander zu behandeln, um so den Nord-Süd-Dialog zu fördern.

4. Möglichkeiten eines Gelingens von Normalisierungsgesprächen

2015, das 70. Jahr der Teilung, sollte Anlass sein Lösungen zu finden, dieses anachronistische und zermürende System von zwei koreanischen Staaten grundsätzlich zu überwinden. Unter Berücksichtigung der wesentlichen Merkmale, welche die politische Macht in beiden Staaten kennzeichnen, wären Gespräche zur Normalisierung die schnellste Methode, um die Beziehungen zwischen Süd- und Nordkorea spürbar zu verbessern. Diesen Gesprächen jedoch stehen noch viele Hindernisse im Weg. Im Zusammenhang mit den vom Ersten Sekretär der PdAK, Kim Jong Un, angesprochenen Problemen hinsichtlich der 'Atmosphäre und des Umfelds' ist es notwendig, dass die südkoreanische Regierung ihren Standpunkt korrigiert, und zwar dahingehend, die gemeinsamen Militärmanöver mit den USA zu beenden, den Kurs zur 'Vereinigung der Systeme' (Vereinigung nach dem Prinzip der

Absorption) zurückzunehmen und den Flugblattabwurf über Nordkorea einzustellen. Diese Probleme sind in gewissem Maße lösbar, wenn die Präsidentin politischen Entscheidungswillen und Führungskraft beweist.

Das größte Hindernis auf dem Weg zu Normalisierungsgesprächen ist das nordkoreanische Kernwaffenprogramm. Die Motivation Nordkoreas, die nukleare Entwicklung zu forcieren, ist in den von Feindseligkeit geprägten Beziehungen zwischen Nordkorea und den USA zu finden. Um diese Beziehungen zu entspannen, muss der Waffenstillstandsvertrag in einen Friedensvertrag umgewandelt werden. Letztlich wird es schwierig sein, Nord-Süd-Gespräche zum Erfolg zu führen, ohne in Korea die Strukturen des Kalten Krieges zu beseitigen.

Die letzten beiden Gipfeltreffen zwischen Süd- und Nordkorea waren nur möglich geworden, weil sich damals die Perspektive abzeichnete, die feindschaftlichen Beziehungen zwischen Amerika und Nordkorea zu überwinden und ein Friedenssystem auf der koreanischen Halbinsel zu errichten. Die Regierung unter Kim Dae-jung hatte ein Konzept vorgelegt, wie die Strukturen des Kalten Krieges aufgelöst werden könnten, und dieser Plan fand die Zustimmung der US-Administration unter Clinton. So kam im Herbst 1999 der 'Perry-Prozess' in Gang und bereits im Juni 2000 wurden Gespräche zwischen Nord- und Südkorea in die Tat umgesetzt. Auch die Verhandlungen zwischen beiden Ländern, welche 2007 unter der Regierung Roh Moo-hyun stattfanden, waren möglich geworden, weil es bei den Sechs-Parteien-Gesprächen zu einer Einigung gekommen war, infolge derer sich Nordkorea verpflichtete, seine kerntechnischen Anlagen zu schließen, und Präsident Bush ein Signal aussendete, als er verkündete, vor dem Abschluss eines Friedensvertrags könne eine 'Erklärung über die Beendigung des Krieges' mit Nordkorea unterzeichnet werden. Um erneut Gespräche zur Normalisierung der Beziehungen mit dem Norden zu ermöglichen, müsste die Regierung Park Geun-hye – das belegen die Erfahrungen der vergangenen beiden Gesprächsrunden – vor allem in der Lage sein neue Vorschläge zu unterbreiten, wie das Problem der Kernwaffen in Nordkorea gelöst werden könnte, und die an diesem Prozess beteiligten Staaten zu überzeugen.

Das Problem der Menschenrechte in Nordkorea und die Teilung/Post-Division auf der koreanischen Halbinsel

Park Sun-Song

Mein Vortrag befasst sich mit der Menschenrechtsfrage in Nordkorea. Sowohl in der internationalen als auch in der südkoreanischen Gesellschaft werden Vorschläge für Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechte in Nordkorea kontrovers diskutiert.

Zunächst unterziehe ich den „UN Report of the commission of inquiry on human rights in the Democratic People’s Republic of Korea” A/HRC/25/63 vom Februar 2014; (im folgenden abgekürzt als: DPRK-COI Report) einer kritischen Prüfung.

Der Bericht der UN Untersuchungskommission schätzt die Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea als 'Verbrechen gegen die Menschlichkeit' (crimes against humanity) ein und empfiehlt, es beim Internationalen Strafgerichtshof (International Criminal Court) vorzutragen. Auf der Grundlage des Berichts wurde die Resolution der UN verfasst und am 18.12. 2014 durch die UN Generalversammlung verabschiedet.

Im Folgenden gehe ich auf vier Streitpunkte ein.

1. Das Problem der Menschenrechte, stellt eine Konfrontation **des Prinzips der Menschenrechte** (Human Rights Principle) und **des Prinzips der Nationalen Souveränität** (National Sovereignty Principle) dar.

Diesen klassischen Streitpunkt hält das Komitee in seinem Bericht für einen Konflikt zwischen einer **Strategie der Priorisierung von Menschenrechten** (a Rights up Front Strategy), die von der DPRK-COI vertreten wird, und einer **Strategie zum Schutz der nationalen Souveränität** (strategy of safeguarding national sovereignty), die von der chinesischen Regierung befürwortet wird.

In Südkorea tritt der Streit als Konfrontation einer **Politik der Sanktionen** gegen Menschenrechtsverletzungen (인권압박정책) und einer **Politik der Tolerierung** von Menschenrechtsverletzungen (인권포용정책) zutage.

Auf der globalen Ebene muss das Prinzip der Menschenrechte natürlich die Grundlage außenpolitischer Diplomatie bilden, um Menschenrechtsverletzungen auf globaler Ebene entgegenzuwirken und Gesetze sowie Institutionen zur Förderung der Menschenrechte zu etablieren.

Unter diesem Aspekt können meiner Meinung nach die **Strategie der Priorisierung von Menschenrechten** und die **Politik der Sanktion gegen Menschenrechtsverletzungen** gerechtfertigt werden. Jedoch werden an dieser Stelle zwei Kritikpunkte relevant:

Die internationale Politik erkennt im § 1 des Internationaler Pakt zu Menschenrechte A & B (International Covenants on Human Rights A & B) nicht nur das

Selbstbestimmungs-recht der Nationen an, sondern legt auch die einzelnen Staaten als primäre Subjekte zum Schutz der Menschenrechte fest. Das erfordert ein Gleichgewicht zwischen dem Prinzip der Menschenrechte und dem Prinzip der Souveränität.

In der politischen Realität bringen weder die Strategie der Priorisierung der Menschenrechte noch die Politik der Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzung von selbst eine Verbesserung der Menschenrechte hervor. Der Kern der Politik für Menschenrechte liegt darin, den Staat, in dem die Menschenrechte verletzt werden, dazu zu bringen, die Menschenrechte real zu verbessern.

Diese beiden Kritikpunkte werden häufig in der internationalen Gemeinschaft, sogar bei der UN Menschenrechtskommission selbst, als ‚Politisierung von Menschenrechten‘ (politicization of human rights) oder als ‚doppelte Maßstäbe‘ (double standards) problematisiert.

Laut Kritik sind weder die Strategie für die Priorisierung der Menschenrechte noch die Politik der Sanktionen eine Politik zur ‚Verbesserung der Menschenrechte‘ geeignet. Stattdessen werden sie zur Lösung von Sicherheitsfragen inklusive der Atomkonflikte als Teil der Politik der Sanktionen bzw. als ihre ‚Hilfsmittel‘ gebraucht.

Folglich besteht immer noch die Notwendigkeit zu einer realistischen Politik für die Menschenrechte in Nordkorea, die einerseits dem Menschenrechtsprinzip treu ist und gleichzeitig die Menschenrechtssituation in Nordkorea tatsächlich verbessert.

2. Es existiert nach wie vor eine ungelöste Kontroverse über die Untersuchung der Menschenrechtssituation in Nordkorea und deren Bewertung, obwohl man sich über die Tatsache, dass in Nordkorea ernsthaft Menschenrechte verletzt werden, einig ist.

Es ist zwar sehr schwierig, exakte Informationen über Menschenrechtsverletzungen in einem so perfekt kontrollierten und abgeschirmten Staat zu sichern und zu prüfen, dennoch müssen die Bemühungen fortgesetzt werden, verlässliche Zeugenaussagen zu erhalten sowie die Grundlagen dessen zu prüfen und damit zu neuen Fakten zu kommen.

Neulich wurde die Aussage eines Flüchtlings aus Nordkorea revidiert. Durch die ungenügende Überprüfung direkter oder indirekter Zeugenaussagen wird das Vertrauen in Menschen, denen Menschenrechtsverletzungen widerfahren sind, zerstört. Mit Berichten oder Auswertungen zu nordkoreanischen Menschenrechtsverletzungen sollte das nordkoreanische System nicht dämonisiert oder als Ausnahme relativiert werden. Das könnte sonst dazu führen, das Veränderungspotenzial des nordkoreanischen Systems zu übersehen bzw. eine Wende des Systems durch äußere Kräfte zu legitimieren. Zum Beispiel heißt es in dem Bericht der Kommission für die Untersuchung der Menschenrechte in Nordkorea, dass die Ernsthaftigkeit, das Ausmaß und die Natur der Menschenrechtsverletzungen in keinem anderen Staat der modernen Welt zu finden seien. Mit derart negativen Behauptungen wird die Suche nach Alternativen für eine realistische Politik blockiert.

3. Bezüglich der Ursache für Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea gibt es einen Konflikt zwischen zwei Perspektiven: Die eine überträgt alle Verantwortung auf das nordkoreanische System oder den Charakter der Parteispitze und die andere sucht die Ursache in der Bedrohung der Sicherheit durch die USA.

Es ist wichtig, die Ursache für die Verletzung der Menschenrechte und deren Kontext nachzuvollziehen und die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen sowie die Täter ausfindig zu machen, um kurzfristig Menschenrechtsverletzungen einzuschränken, die Wiederherstellung der Rechte der Betroffenen und die Heilung der Wunden zu verwirklichen, und darüber hinaus Gesetze, ein System und eine Politik, die mittel- und langfristig die Menschenrechte respektieren und zu etablieren.

Die Kommission für die Untersuchung der Menschenrechte in Nordkorea zeigt als Hauptursache für die Menschenrechtsverletzungen u.a. die historisch entwickelte politische Kultur, das totalitäre politische System, die Juche-Ideologie sowie die Herrschaftsideologie des Kim Il-sung-Kim Jong-il-ismus auf.

Vor allem wird in dem Bericht der Untersuchungskommission auf die Menschenrechtsverletzungen als „essentielle Komponenten des politischen Systems“ hingewiesen. Dadurch wird deutlich, dass sie ein systemspezifisches Phänomen darstellen.

Die Untersuchungskommission meidet zwar im Kontext der Menschenrechtsfrage extrem polarisierende Perspektiven, dennoch ist sie von drei Kritiken nicht frei. Zunächst kann die übermäßige Betonung des historischen und kulturellen Kontexts zur Relativierung von der Menschenrechtsverletzung führen oder die Möglichkeit einer Veränderung des nordkoreanischen Systems von innen heraus einschränken. Als nächstes kann die übermäßige Betonung der totalitären Besonderheit in die Falle des politischen Determinismus zur Verabsolutierung der Systemwende geraten oder die ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen können zu wenig ernst genommen werden.

Zum Schluss wird m.E. nicht ausreichend auf die Bedeutung der Teilung der koreanischen Halbinsel für den Kontext der Menschenrechtsverletzung hingewiesen. Nach der Teilung und dem Korea-Krieg ist die koreanische Halbinsel im Zustand des Waffenstillstands. Sie wurde zur äußersten Kriegsfront im System des Kalten Krieges. Trotz des Post-Kalten-Krieges auf der globalen Ebene setzt sich auf der koreanischen Halbinsel nach wie vor die Situation des Kalten Krieges fort. Durch die absolute Konfrontation kommt es in beiden Staaten zu einem System-Wettbewerb und militärischer Aufrüstung. Der Wettbewerb um das System und die Aufrüstung auf der gesamten koreanischen Halbinsel führte Nord- und Südkorea dazu, den Nationalismus, den Sicherheitszentrismus, das Prinzip des absoluten Wirtschaftswachstums zur Logik der Herrschaft zu küren. Solche Herrschaftslogik fungierte als eines der Hauptfaktoren zur Rechtfertigung der Menschenrechtsverletzung.

Das unterdrückende Herrschaftssystem in Nord- und Südkorea ist zur selben Zeit entstanden. Wenn man dieses Prinzip für den Mechanismus der Teilung

berücksichtigt, ist es auch bei der Frage nach der Menschenrechtsverletzung in Nordkorea notwendig, über die Fokussierung auf die Besonderheit des nordkoreanischen Staates hinaus, sich dem Problem aus der Perspektive der gesamten koreanischen Halbinsel anzunähern.

4. Auch bei der Auswertung der Bemühungen der internationalen Gesellschaft zur Verbesserung der Menschenrechte in Nordkorea gibt es Streitpunkte. Laut des Berichts der UN-Untersuchungskommission wird auch die Reaktion der internationalen Gemeinschaft diskutiert, da Nordkorea als ein Mitgliedstaat der UN seit Jahrzehnten die Politik des Verbrechens fortsetzen konnte, und damit das Gewissen der Menschheit schockiert.

Dennoch hat der Druck der internationalen Gesellschaft in der Vergangenheit einen gewissen Erfolg erzielt. Nordkorea verbessert das Gesetz für Menschenrechte und legt der UN-Menschenrechtsorganisation regelmäßig einen staatlichen Bericht vor.

Wenn der Prozess der Wandlung von einem Staat, in dem Menschenrechte verletzt werden, in einen Staat, in dem die Menschenrechte geschützt werden, den Prozess für den Aufbau einer neuen Gesellschaft darstellt, indem mittel- und langfristig die Wende des Systems und vor allem nicht nur die Veränderung des Gesetzes, sondern auch die Veränderung der politisch gesellschaftlichen Kultur einschließt, sollte man sich weniger um die kurzfristige, sofortige Veränderung oder die Reaktionen bemühen. Viel mehr benötigen wir eine systematische und dauerhafte Politik, die mittel- und langfristig das System Nordkoreas verändert.

Eine derartige Politik sollte bestimmte Maßnahmen beinhalten, z.B. die Festlegung einer angemessenen politischen Richtung, eine effiziente Mischung aus Dialog und „Druck-Ausüben“, sowie die Wahl für Strategien, die flexibel auf das nordkoreanische System reagieren.

Unter diesem Aspekt ist die Empfehlung des DPRK-COI Reports leider weder systematisch noch konsequent. Die Kommission verlangt einerseits von Nordkorea eine sofortige Änderung des Systems und vom UN-Sicherheitsrat, Nordkorea vor den Internationalen Gerichtshof zu stellen. Andererseits empfiehlt er den verstärkten Dialog über Menschenrechte und die Verbesserung der Beziehung zwischen Nord- und Südkorea.

Die bisherigen Punkte lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Die realistischste Politik in einem geteilten System auf der koreanischen Halbinsel sind politische Maßnahmen, die schrittweise zur Verbesserung der Menschenrechte beitragen. Zum einen verfolgt sie durch die Politik der Tolerierung 'eine Perspektive der Menschenrechte' (a human rights perspective) und berücksichtigt gleichzeitig 'eine auf Menschenrechte basierende Annäherung' (a rights-based approach).

Die friedliche Überwindung der Teilung auf der koreanischen Halbinsel und die Bemühungen um die Verbesserung der Menschenrechte sind nicht zwei verschiedene Dinge, sondern gehören zusammen.

Die deutsche Vereinigung als dominanzkultureller Prozess. Ausgangsposition - Entwicklungen - Perspektiven.

Ingrid Miethe

Auf einer strukturellen Ebene kann die deutsche Vereinigung ohne Zweifel als eine Erfolgsgeschichte angesehen werden. Auch wenn es nach wie vor ein ökonomisches Gefälle zwischen Ost und West gibt, haben sich die Lebensverhältnisse weitestgehend angeglichen, die Wirtschaft Deutschland ist stabil, wie auch die Demokratie im vereinigten Deutschland auf festen Füßen steht. Was allerdings nach wie vor umstritten ist, ist die Frage der ‚inneren‘ Einheit. Immer wieder zeigen Umfragen, dass bei vielen Fragen nach wie vor ein Ost-West-Gefälle auszumachen ist und die deutsche Vereinigung wird von vielen Menschen nach wie vor auch eher skeptisch gesehen.

Warum halten sich diese Unterschiede über so lange Zeit? Wo können Ursachen dafür gesehen werden und was bedeuten diese Differenzen? Ich möchte zur Beantwortung dieser Fragen Thesen vorstellen.

These 1: Die Unterschiede zwischen Ost und West resultieren nicht mehr primär aus unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen, sondern sind mindestens genauso stark durch die Erfahrungen der Wende und des Vereinigungsprozesses geprägt.

Immer wieder findet man in der wissenschaftlichen Literatur das Erklärungsmuster, dass die nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West auf die Spezifik der DDR-Sozialisation zurückzuführen seien. Herangezogen werden hier immer wieder eine kollektive Erziehung, Unerfahrenheit mit demokratischen Strukturen und damit verbunden gewisse bis heute anhaltende totalitäre Prägungen. Solche Erklärungsmuster spiegeln eher die westdeutschen Klischees gegenüber ostdeutscher Lebensrealität, als dass damit die unterschiedlichen Positionen erklärt werden könnten. 25 Jahre nach der deutschen Vereinigung ist es an der Zeit derartige Stereotype zu überwinden. Die Unterschiede lassen sich auch teilweise noch in der jungen Generation feststellen, d.h. einer Generation, die überhaupt nicht mehr in der DDR sozialisiert wurde. Die Gründung der Initiative „Dritte Generation Ost“, die einen Zusammenschluss von Personen darstellt, die zur Zeit der Wende noch Kinder waren, zeigt recht einprägsam, dass selbst diese Generation das Bedürfnis danach hat, sich der eigenen Herkunft und Prägung zu vergewissern.

Mindestens genauso prägend wie die Erfahrungen in der DDR waren für die Ostdeutschen die Erfahrungen der Wendezeit und der anschließenden deutschen Vereinigung. Die Wende wurde von den Ostdeutschen sehr unterschiedlich erlebt. Für die einen war es eine Befreiung aus einem diktatorischen System. Für andere war es das Ende eines Staates, mit dem sie zutiefst identifiziert waren und dessen Zusammenbruch die eigenen Lebensentwürfe und Glaubensvorstellungen zum Zusammenbruch brachte. Wie auch immer diese Zeit erlebt wurde – sie war biografisch zutiefst prägend. Den Zusammenbruch eines politischen und

ökonomischen Systems erlebt zu haben, ist eine Lebenserfahrung, die Westdeutsche nicht im selben Maße erlebt haben und aus der spezifische Betrachtungsweisen resultieren.

Genauso prägend waren die Erfahrungen im Prozess der deutschen Vereinigung. Dieser Prozess erforderte von nahezu jedem eine radikale biografische und berufliche Neuorientierung. Dafür, wie erfolgreich dieser Neuorientierungsprozess sein konnte, war das Alter zum Zeitpunkt der Wende sehr wesentlich. Gerade die mittleren Jahrgänge, also diejenigen, die zu alt waren um noch einmal völlig von vorn anzufangen und die zu jung waren um eine Form der Übergangsregelungen für den Ruhestand in Anspruch zu nehmen, war es besonders schwer neu Fuß zu fassen. Viele – vielleicht zu viele – sind in diesem Prozess ‚auf der Strecke‘ geblieben. Nicht weil sie politisch zu involviert gewesen wären oder fachlich nicht kompetent, sondern einfach ‚zu alt‘ für die Logik einer kapitalistischen Marktwirtschaft. Aber unabhängig davon, wie erfolgreich die Einmündung in das bundesrepublikanische System gelang, war der Prozess der Vereinigung ein dominanzkulturell geprägter. Damit komme ich zur zweiten These.

These 2: Der Prozess der deutschen Vereinigung war von vornherein durch ein asymmetrisches Machtverhältnis gekennzeichnet, das zur Etablierung einer Dominanzkultur führte. Diese Dominanzkultur erschwerte auf der ostdeutschen Seite die Akzeptanz gesamtdeutscher Normen.

Der Vereinigungsprozess zwischen Ost- und Westdeutschland war von vornherein durch ein asymmetrisches Machtverhältnis gekennzeichnet. Die Vereinigung war ein einseitiger Anschluss Ost an West. Es wurden alle westdeutschen Regelungen relativ unreflektiert auf Ostdeutschland übertragen. Der deutsche Vereinigungsprozess wurde somit nicht dazu genutzt, gerade Regelungen, die auch in Westdeutschland seit Jahrzehnten kritisch diskutiert wurden (z.B. Schulsystem), insgesamt einer Reform zu unterziehen. Dieser einseitige Anpassungsprozess Ost an West betraf ausnahmslos alle Lebensbereiche. Damit wurde über Nacht auch ostdeutsche Lebenserfahrung entwertet. Viele Schul- und Studienabschlüsse konnten nicht mehr genutzt werden und Berufserfahrungen wurden obsolet. Die neuen Eliten rekrutierten sich vor allem aus Westdeutschen. Die Zahl Ostdeutscher in Leitungspositionen des Staates und der Gesellschaft ist bis heute marginal. Vor allem aber wurde dieser Vereinigungsprozess auch von einem öffentlichen Klima der Abwertung ostdeutscher Lebenserfahrungen begleitet. Dieses Bild wurde vor allem durch die Medien transportiert (vgl. Abhe u.a. 2009) Wie eine Studie dazu aufzeigt, erschienen die Ostdeutschen in den Medien immer als ‚die Anderen‘, aber keinesfalls als Gleiche. (Wedl 2009:130).

Das, was nach 1989 zwischen Ost- und Westdeutschland stattfand, kann mit dem Konzept der Dominanzkultur (Rommelspacher 1995) gefasst werden. Dominanzkultur bedeutet, so Birgit Rommelspacher, dass „unsere ganze Lebensweise, unsere Selbstinterpretation, sowie die Bilder, die wir von anderen entwerfen, in Kategorien der Über- und Unterordnung gefasst sind.“ Kultur wird dabei

in einem umfassenden Sinn verstanden „als Ensemble gemeinsam geteilter Bedeutungen, in denen die aktuelle Verfasstheit der Gesellschaft, insbesondere ihrer ökonomischen und politischen Strukturen, und ihre Geschichte zum Ausdruck kommen. Sie bestimmt das Verhalten, die Einstellung und Gefühle aller, die in dieser Gesellschaft leben.“ Und diese Kultur, so Rommelpacher weiter, „ist in der westlichen Gesellschaft vor allem durch die verschiedenen Traditionen von Herrschaft“ und damit verbunden von Über- und Unterordnung geprägt. Diese Machtverhältnisse der Gesellschaft haben sich eingeschrieben in das Denken und in die Gefühle, in das Unbewusste wie die Verhaltensvorschriften. Im Unterschied zu Herrschaft, so Rommelpacher, die in erster Linie auf Repressionen, auf Geboten und Verboten beruht, kann sich Dominanz auf weitgehende Zustimmung stützen. Dies ist möglich, da sie über die sozialen Strukturen und die internalisierten Normen der Menschen in eher unauffälliger Weise politische, soziale und ökonomische Hierarchien reproduziert.

Im Prozess der deutschen Vereinigung geht es von daher zwischen Ost und West nicht nur um *Verschiedenheit* (horizontale Ebene), sondern immer auch um ein *Machtgefälle* (vertikale Ebene.) Die Thematisierung dieser vertikalen Ebene stört den gesellschaftlichen Konsens, der um Nivellierung dieser Differenzen bemüht ist und Thematisierung derselben negativ sanktioniert. Folge ist das Schweigen auf Seiten der Nicht-Dominanten. DDR-Geschichte und -Erfahrung landet somit an den privaten Küchentischen und wird nicht (mehr) gesellschaftlich diskutiert.

Doch warum hat sich diese Dominanzkultur so gut etablieren lassen?

These 3: Das Machtgefälle im deutschen Vereinigungsprozess basierte nicht nur auf dem massiven ökonomischen Gefälle zwischen Ost und West, sondern ist auch stark geprägt durch die Bilder des Kalten Krieges.

Als Ost- und Westdeutschland sich vereinigten, lagen 40 Jahre getrennter Geschichte hinter beiden Ländern. Die Bilder des jeweils anderen waren nicht neutral, sondern geprägt von den Feindbildern des Kalten Krieges und den jeweiligen Abwertungen. Damit verbunden war ein polares Denken: Demokratie hier – Diktatur dort. Reale Kenntnisse über das jeweils andere Deutschland gab es kaum. Im Prozess der Vereinigung dominierten zunächst auch die Bilder des Kalten Krieges, die eine differenzierte Wahrnehmung ostdeutscher Lebensrealität und auch des ostdeutschen Systems nahezu verunmöglichten. So stellt auch eine Studie zur Medienanalyse fest, „dass die aus der Zeit der deutschen Spaltung stammende Identitätskonkurrenz nicht allmählich eingeplant, sondern (...) reproduziert wird.“ (Ahbe 2009: S. 110).

In der Logik des Kalten Krieges konnte es per definitionem in einer Diktatur keine Institutionen geben, die es wert waren bewahrt zu werden bzw. die sogar einen Fortschritt für das demokratische Westdeutschland hätten darstellen können. Entsprechend wurde auch keinerlei Mühe unternommen kritisch zu prüfen, ob Ansätze aus der DDR in das Gesamtdeutschland hätten übernommen werden

können. Solche Ansätze hätte es durchaus gegeben: z.B. die Organisation des Gesundheitswesens oder das nicht gegliederte Schulsystem.

Auch wurde die ostdeutsche Bevölkerung mit dem Staat gleich gesetzt. Der Staat war diktatorisch und geheimdienstlich organisiert, also waren auch die Menschen diktatorisch geprägt und ‚arbeiteten alle für den Staatssicherheitsdienst‘. Es dauerte lange Zeit und brauchte viele reale Begegnungen um diese Bilder ansatzweise aus den Köpfen zu verdrängen. Aus den Schulbüchern und Gedenkstätten wird dieses Bild bis heute fortgeschrieben und prägt damit auch in einseitiger Weise den Blick der jungen ostdeutschen Generation auf die DDR und ihre Eltern.

Menschen sind jedoch nicht gleich Staat, sondern finden auch in diktatorischen Systemen Spielräume, die eigeninitiativ genutzt werden. Für die Akzeptanz eines Vereinigungsprozesses ist es enorm wichtig, genau diese Vielschichtigkeit, auch einer diktatorisch geprägten Gesellschaft, wahrzunehmen und ernst zu nehmen.

Bei aller hier geäußerten Kritik am deutschen Vereinigungsprozess halte ich persönlich diesen insgesamt für gelungen. Nimmt man die ökonomische und politische Ausgangsposition in den Blick, ist es geradezu phänomenal, welche Leistung in den letzten 25 Jahren vollbracht wurde. Einzig der kulturelle und mentale Aspekt wurde und wird in seiner Bedeutung radikal unterschätzt. Ein ‚innere‘ Einheit setzt eine Kommunikation ‚auf Augenhöhe‘ voraus. Diese ist nur möglich, wenn die reale vertikale Hierarchie zwischen Ost und West benannt und berücksichtigt wird. Die ‚innere Einheit‘ erfordert auch eine Vergangenheitsaufarbeitung, die *beide* Teile Deutschlands betrifft und nicht nur die ostdeutsche Seite. Und sie erfordert den Abschied von den Bildern und Stereotypen des Kalten Krieges.

Literatur:

- Ahbe, Thomas/ Gries, Rainer/ Schmale, Wolfgang (Hrsg.) (2009) Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Ahbe, Thomas (2009) Die Ost-Diskurse als Strukturen der Nobilitierung und Marginalisierung von Wissen. Eine Diskursanalyse zur Konstruktion der Ostdeutschen in den westdeutschen Medien-Diskursen 1989/90 und 1995. In: Ahbe, Thomas/ Gries, Rainer/ Schmale, Wolfgang (Hrsg.) (2009) Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 59-112.
- Rommelspacher, Birgit (1998): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda.
- Rommelspacher, Birgit (2002) Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Frankfurt/ New York: Campus.
- Wedl, Julia (2009) Ein Ossi ist ein Ossi ist ein Ossi... Regeln der medialen Berichtserstattung über ‚Ossis‘ und ‚Wessis‘ in der Wochenzeitung Die Zeit seit Mitte der 1990er Jahre. In: Ahbe, Thomas/ Gries, Rainer/ Schmale, Wolfgang (Hrsg.) (2009) Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 135-180.

Nordkoreaner in der Gesellschaft Südkoreas: Zwischen Diskriminierung und Anerkennung

Yi Hee Young

1. Grenzgänger, illegale Einwanderer (nach China) und nordkoreanische Flüchtlinge

Die Teilung Koreas infolge des Koreakrieges (1950-53) erzeugte zwischen den Menschen des Südens und des Nordens eine Beziehung substantieller Feindschaft. Abgesehen von Gesprächen zur Normalisierung der Beziehungen auf Regierungsebene und gegenseitigen Verwandtenbesuchen unter staatlicher Aufsicht war während der vergangenen mehr als 70 Jahre kein privater Kontakt zwischen den Bürgern beider Länder möglich. Eine Modifikation des Verhältnisses zwischen den Menschen im Süden und im Norden ist seit Mitte der 1990er Jahre zu verzeichnen, als infolge der Nahrungsmittelknappheit in Nordkorea viele Menschen 'illegal' den Tumen nach China überquerten. Die nordkoreanischen Flüchtlinge lassen sich in drei Gruppen einteilen, je nachdem welche Wege sie nach ihrer Flucht nahmen. Die Mehrheit derjenigen, die den Tumen überquerten, deckte sich bei in China lebenden Verwandten mit Nahrungsmitteln ein und kehrte dann in den Norden zurück. Die Erfahrungen dieser Menschen zählen zu den Faktoren, die zu Veränderungen innerhalb der nordkoreanischen Gesellschaft führen. Die zweite Gruppe setzt sich aus denjenigen zusammen, die aus verschiedenen Gründen nicht wieder in den Norden zurückkehren konnten und von denen sich der größte Teil auf vielfältige Art und Weise in die chinesische Gesellschaft integrierte. Meldungen besagen, dass derzeit noch immer circa 200 000 bis 300 000 nordkoreanische Flüchtlinge ohne legalen Aufenthaltsstatus in China leben. Die Regierung der VR China jedoch erkennt basierend auf den diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea diese Menschen nicht als Flüchtlinge an, weshalb ihre Lage in China recht unsicher ist. Zur dritten Kategorie zählen jene Menschen, die wegen illegalen Aufenthalts in China verhaftet wurden und sich – um der Auslieferung nach Nordkorea zu entgehen – für eine Übersiedlung in den Süden entschieden. Bis Ende 2014 ließen sich in Südkorea offiziell mehr als 27 000 nordkoreanische Flüchtlinge nieder. Durch sie wurde es möglich, dass sich im südkoreanischen Alltag nun Menschen aus beiden koreanischen Staaten begegnen können.

Die Besonderheit der ersten nordkoreanischen Flüchtlinge in Südkorea war, dass sie die Nahrungsmittelknappheit im Norden direkt miterlebt hatten. Nordkoreaner, die ihr Land in der Absicht verließen, nach Südkorea zu emigrieren, waren von Anfang an selten. Mit Beginn des neuen Jahrtausends jedoch verbreiteten sich in Nordkorea selbst immer mehr Informationen über das Ausland und infolgedessen erhöhte sich allmählich der Anteil jener Nordkoreaner, die ihrem Land mit dem direkten Ziel 'Südkorea' den Rücken kehrten. Das heißt, es strömte eine neue Kategorie von Flüchtlingen in den Süden: jene 'Auswanderer', die für ein besseres Leben und eine aussichtsreichere Zukunft nach Südkorea gingen.

2. 'Politik der Teilung' auf der koreanischen Halbinsel und staatliche Unterstützungsmaßnahmen in Südkorea für nordkoreanische Flüchtlinge

Auf der Grundlage des am 14. Juli 1997 in Kraft getretenen ‚Gesetzes zum Schutz und zur Ansiedlung nordkoreanischer Flüchtlinge‘, im Folgenden ‚Gesetz zur Flüchtlingshilfe‘, für die zahlreichen über die VR China oder andere Drittländer nach Südkorea eingereisten nordkoreanischen Flüchtlinge realisiert die südkoreanische Regierung Maßnahmen, welche den Schutz und die Unterstützung dieser Menschen als Mitglieder der südkoreanischen Gesellschaft garantieren. Flüchtlinge, die mindestens das Verfahren zur Identitätsfeststellung durchlaufen haben, bekommen die Staatsbürgerschaft der Republik Korea sowie materielle Unterstützung. Das bis heute mehrfach novellierte ‚Gesetz zur Flüchtlingshilfe‘ gewährt Flüchtlingen die notwendige materielle Unterstützung, um ihnen ein Mindestmaß an medizinischer Betreuung, Wohnraum sowie Schul- und Berufsausbildung zu garantieren. Der größte Teil dieser Hilfe jedoch konzentriert sich auf materielle Dinge, wohingegen das System der Hilfe im geistigen und psychischen Bereich noch unzureichend ist. Desweiteren weist das Gesetz insofern Grenzen auf, als die Voraussetzungen für den Bezug von finanzieller Unterstützung zur Umschulung oder Berufsausbildung unrealistisch sind. Dennoch weist es viele Besonderheiten im Vergleich zu Gesetzen auf, die in Südkorea für Einwanderer anderer Staaten Anwendung finden (Verleihung der Staatsbürgerschaft, kostenlose Bildung, finanzielle Unterstützung bei der Anmietung von Wohnraum usw.). Diese Maßnahmen sind vor dem folgenden Hintergrund zu verstehen: Die Tatsache, dass die nordkoreanischen Flüchtlingen sich trotz der Gefahren durch die Feindseligkeit zwischen Nord- und Südkorea für die südkoreanische Gesellschaft entschieden haben, wird stillschweigend als Symbol für die Überlegenheit des Systems der südkoreanischen Gesellschaft verstanden. Unter diesem Aspekt kann das Gesetz zur Unterstützung der nordkoreanischen Flüchtlinge als ein Resultat der Teilung auf der koreanischen Halbinsel angesehen werden.

3. Diskriminierung im Alltag

Nordkoreaner, die sich basierend auf dem ‚Gesetz zur Flüchtlingshilfe‘ in Südkorea ansiedelten und dort leben, erfahren zahlreiche Diskriminierungen im Alltag. Erstens werden sie infolge des Kalten Krieges und politischer Spannungen, welche in und um Korea weiter anhalten, manchmal als ‚innere Feinde Südkoreas‘ betrachtet. Bei Zwischenfällen wie den nordkoreanischen Raketentests oder dem Untergang der Korvette *Ch'önan* werden sie direkt mit solchen politischen oder militärischen Problemen in Zusammenhang gebracht, müssen Vorwürfe über sich ergehen lassen oder werden als Spione verdächtigt. Zum Zweiten traut man ihnen keine sichere Kenntnis der kapitalistischen Marktwirtschaft zu, was zu Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt führt. Insbesondere die Gruppe der 20 bis 40-Jährigen hat Schwierigkeiten, den gewünschten Arbeitsplatz zu bekommen, und ist deswegen auch nicht in der Lage, sich eine sichere wirtschaftliche Basis zu erarbeiten. Auf dem südkoreanischen Arbeitsmarkt beispielsweise erfahren die Arbeitskräfte aus dem

Norden eine schlechtere Behandlung als ihre Kollegen aus Südkorea oder Vertreter der koreanischen Minderheit aus China, obwohl alle koreanischen Muttersprachler sind. Oft werden sie als so genannte Bürger dritter Klasse bezeichnet. Drittens wird im Alltag der von antikommunistischen Ressentiments und konsumorientierten Effektivitätsdenken beherrschten südkoreanischen Gesellschaft sehr stark zwischen Menschen aus dem Süden und solchen aus dem Norden unterschieden. Das erschwert zwischenmenschliche Beziehungen im privaten Bereich enorm. Im Fall der jungen Generation beispielsweise ist es schwer, in der Schule oder im regionalen Umfeld die eigene nordkoreanische Herkunft zu offenbaren. Außerdem existieren im Hinblick auf die persönlichen Beziehungen (Nachbarschaft, Freundschaft, Liebe, Heirat) unsichtbare Grenzen zwischen Süd- und Nordkoreanern. Als 'nicht erkennbare Immigranten', welche die gleiche Sprache sprechen und sich auch äußerlich nicht von den Südkoreanern unterscheiden, werden sie in der kulturellen Hierarchie des Landes mit Schwierigkeiten konfrontiert, die über das Alltägliche hinausgehen. Alle Bürger aus Nordkorea – angefangen bei den Kindern und Jugendlichen bis hin zu den Senioren – sehen trotz großer Anstrengungen, sich in der südkoreanischen Gesellschaft zu verwirklichen und gesellschaftliche Anerkennung zu gewinnen, mit wenig Optimismus in ihre persönliche Zukunft.

4. Nordkoreanische Flüchtlinge, die in Drittländer (re)emigrieren

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen einige der in Südkorea lebenden ehemals nordkoreanischen Bürger z.B. in die USA, nach Kanada, Großbritannien oder Deutschland emigrieren. Als Gründe für diese (Re)emigration sind das ‚US-Menschenrechtsgesetz für Nordkorea‘, das 2004 in den USA erlassen wurde, und die jüngsten Aktivitäten der Untersuchungskommission zu Nordkorea des UN-Menschenrechtsrats zu nennen, sowie die vielfältige Diskriminierung Nordkoreaner in Südkorea, wie bereits oben erläutert. Nordkoreaner, die 'unter Lebensgefahr den Tumen überquerten', versuchen der Diskriminierung in Südkorea zu entgehen und emigrieren aus diesem Grund in alle Welt, wo sie auf ein besseres Leben hoffen. Laut Statistik der Flüchtlingsorganisation der UN stellten in den zehn Jahren von 2004 bis 2013 mehr als 4000 aus Nordkorea stammende Menschen in Nordamerika oder Europa Asylanträge. Vermutlich besitzen die meisten von ihnen einen südkoreanischen Pass.

5. Fazit

Die in Südkorea lebenden Nordkoreaner sind als Menschen, welche sowohl den Sozialismus Nordkoreas als auch den Kapitalismus in Südkorea erlebten, eine Gruppe, deren Bedeutung auch darin liegt, dass sie 'gesellschaftliches Potential' aufweisen. Über die Grenzen ideologischer Feindschaft und politischer Konflikte hinweg befinden sie sich in der Position eines gesellschaftlichen Vermittlers, der zum gegenseitigen Verstehen der Menschen im Süden und Norden sowie zu deren Zusammenschluss beitragen kann. Es ist notwendig, dass sie in der südkoreanischen Gesellschaft größere Aufmerksamkeit bekommen.

Lebensläufe

Dr. Maria Nooke studied Religious Education and worked with church children and youth projects. She has been active in a church peace and environment group in East Germany and was Co-editor of the opposition paper "AUFBRUCH" from 1985.

From 1992 to 1997 she studied Sociology, Psychology and Pedagogy at TU Berlin. She was involved in contemporary projects on National Socialist and East German history. Since 1999 Dr. Maria Nooke is conducting scholarly and directorial responsibilities at the Berlin Wall Memorial and in 2007 she received her PhD degree at FU Berlin.

Dr. Maria Nooke is deputy director of the Berlin Wall Foundation and director of the Marienfelde Refugee Center Museum. Her areas of specialization surround Oral History and Biographical Research.

Dr. Jens Hüttmann studied Political Science, Sociology, History and Economics at the University of Leipzig from 1995-2001. From 2003-2005 he worked as an assistant lecturer at the Institute for Political Science, University of Leipzig and from 2001-2007 as a member of the research staff of the Institute for Higher Education Wittenberg (HoF), University Halle-Wittenberg. He acquired his PhD at the University of Erfurt, Faculty of Philosophy, Grade: Dr. phil. with his topic on "History of scientific research on the GDR since 1949 in West-Germany". Until July 2009 Dr. Jens Hüttmann was head of the office „Peaceful revolution 20 years ago“ of the Federal Foundation for the Reappraisal of the SED Dictatorship, Berlin.

His main publications focus on coming to terms with the communist dictatorship in Germany, especially on the history of Scientific Research on the GDR.

He is now head of the Education Department of the Federal Foundation for the Reappraisal of the SED Dictatorship, Berlin.

Prof. Dr. Koh Yu-hwan received his BA, MA, and PhD in Political Science from Dongguk University in South Korea and is now director and professor of the Institute for North Korean studies at Dongguk University. In 2012 he served as the president of the Korean Association of North Korean Studies.

His major academic interests include North Korean studies, comparative politics and international relations. Koh's specific research has covered questions concerning North Korean Politics, Ideology, Military and Inter-Korean Relations. His books include Understanding North Korea's Politics (2001), Introduction to North Korean Studies (2001), North Korea and Regional Security(2006) and The World of Everyday Life in North Korea: Cries and Whispers (2010).

Prof. Dr. Park Sun Song received his PhD in economics at the University of Paris - X (Nanterre) in 1992. He was an associate research fellow at the Korean Institute for National Unification (South Korea) from March 1993 to August 1997. He worked as the director at the Peace and Disarmament Center, PSPD and as the president at the Institute of Democracy and Policies, DUP.

Prof. Dr. Park Sun Song is now professor of North Korean studies at Dongguk University in South Korea. He is lecturing about the relationships between the two Koreas, North Korean Economy and Unification Policies. His research interests focus on North Korean Economy, Unification Policy of the two Koreas, Inter-Korean Relations, Division System of Korean Peninsula and Actor-Network of Korean Division

Prof. Dr. Ingrid Miethe studied Pedagogy, Political Science and Sociology at TU Berlin. She received her PhD in Political Science at FU Berlin on the topic of “Women among the GDR opposition” and her habilitation at University of Halle-Wittenberg on “Education and social inequality in the GDR”. From 2000 until 2009 she worked as a professor on the subject of General Pedagogy at Protestant University of Darmstadt and since 2009 at University of Giessen.

Her main topics of research incorporate research on the GDR, History of Education, Education and Social Inequality, International Cooperation in Education and Transfer of Organizations, Qualitative Research, as well as Social Movements. Her current research project at the German Research Foundation deals with the topic “Globalization of an educational idea: Workers’ Faculties in Cuba, Mozambique and Vietnam”.

Prof. Dr. Yi Hee Yong studied Sociology at TU Berlin and received her PhD in Sociology at Kassel University in Germany in 2005, supported by the PhD scholarship program from the Hans-Boeckler Stiftung, Germany. From 2005 until 2007 she has worked as research professor at the Center for Culture and Information Studies at Sungkonghoe University in South Korea. She is now professor at the department of Sociology at Daegu University, South Korea, since 2007.

Her recent articles, such as “(Post)Division and Actor-Network of International Migration: Case Study on the Life and Human Rights of 'Traveling' North Korean Refugees” published in the North Korean Studies Review and qualitative research with North Korean refugees living in South Korea demonstrate her expertise on today's topic.

Her main interests focus on Social Minorities, Migration, Oral Life Histories and Actor-Network of Korean division.

Veranstalter

SSK “Koreanische Teilung/ Post-Division“ Forschungsgruppe, Dongguk Universität

Die SSK (Social Sciences Korea) Forschungsgruppe ‚Koreanische Teilung/ Post-Division‘ der Dongguk University und ihr Projekt **분단의 행위자-네트워크와 탈분단의 사회동학** (Akteure der Teilung – Netzwerke und soziale Dynamiken nach der Teilung), welches von der National Research Foundation of Korea (Fachbereich Soziologie) gefördert wird, besteht seit 10 Jahren als Aufgabengebiet. Unter der Projektleitung von Prof. Dr. Park Sun Song (Professor für Nordkoreastudien der Dongguk Univ.) sind weitere neun WissenschaftlerInnen involviert, deren Schwerpunkte unter anderem auf den Nordkoreastudien, Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Politikwissenschaften, Medien- und Kommunikationswissenschaften und Genderstudien liegen. Die Forschungsgruppe will sich von üblichen Themen der Teilungs-Forschung wie Politik und Sicherheit lösen und hingegen die empirischen und praktischen Dimensionen einer Post-Division sowie eine Theorisierung erarbeiten. Durch die Analyse von konkreten Realitäten und Erfahrungen sollen Wirklichkeiten der Teilung neu verstanden werden. Zusätzlich werden pragmatische Perspektiven für den Fall einer Post-Division angestrebt.

KOREA VERBAND

Der KOREA VERBAND ist eine politisch unabhängige Informations- und Kooperationsplattform für alle, die an der Geschichte, Kultur und Politik Korea sowie den aktuellen Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel interessiert sind und sich in diesem Bereich engagieren beziehungsweise informieren möchten. An der Seite der Mensch- und Bürgerrechtsbewegung stehend, sucht und fördert der KOREA VERBAND die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene mit anderen Nichtregierungsorganisationen und Initiativen sowie Korea-ExpertInnen aus den Bereichen Wissenschaft, Publizistik, Politik, Gewerkschaft, Kirche, Umwelt- und Frauenbewegung, Kunst und Kultur. Der KOREA VERBAND wurde 1990 gegründet und ist Gründungsmitglied der Stiftung Asienhaus. Seit 2008 hat der KOREA VERBAND seinen Sitz in Berlin.